

Stadt Essen entscheidet am 24.02.2016 über die Bebauung von Landschaftsschutzgebieten

Mit der Begründung, man benötige dauerhaften Wohnraum für 6500 Flüchtlinge, wurden am 16.12.2015 insgesamt 15 Flächen im Essener Stadtgebiet durch die Stadtverwaltung zur Bebauung im Jahr 2016 vorgeschlagen. 13 der 15 Flächen sind Landschaftsschutzgebiete und stehen unter besonderem Schutz.

Die Stadtverwaltung möchte zur Bebauung dieser Flächen die aktuellen und befristeten planungsrechtlichen Erleichterungen zur Errichtung von Asylbewerberunterkünften (aus-)nutzen.

Nach Auffassung unserer Bürgerinitiative darf der Landschaftsschutz dabei nicht ausgehebelt werden.

Im ersten Schritt sollen noch im Jahr 2016 eine große Zahl Wohncontainer oder Holzhäuser, sowie notwendige Erschließungsstraßen errichtet werden. Damit will die Stadt Fakten schaffen, um in der späteren Planung den Landschaftsschutz aufzugeben.

Mittelfristige Planung von mehrgeschossigen Bauten auf der gesamten Fläche

In einem Zeitungsinterview sagte der Planungsdezernent der Stadt Essen, Hans-Jürgen Best: „Wir brauchen keine Einfamilienhaus Siedlungen“. Angestrebt werden hingegen Neubauwohnungen auf Basis eines neu zu erstellenden Bebauungsplanes um Quoten für Sozialwohnungen zu ermöglichen.

Bitte unterstützen Sie uns

Auch nach den aktuellen Planungen der Stadtverwaltung vom 21.1.2016 ist die Bebauung von Landschaftsschutzgebieten noch nicht vom Tisch.

Daher sammeln wir weiterhin Spenden um einen externen Fachanwalt zu beauftragen. Er wird uns beraten und unsere Interessen vor dem Verwaltungsgericht vertreten, falls der Ratsbeschluss am 24.02.2016 das erforderlich macht.

Der Petitionsausschuss des Landtages sowie die EU Kommission wurde durch die Bürgerinitiative um Unterstützung gebeten. Alle Ratsfraktionen und der Oberbürgermeister wurden zu den Positionen unserer Bürgerinitiative informiert. Es wurden zahlreiche Alternativvorschläge eingereicht.

Die Bürgerinitiative ist unabhängig und überparteilich.

Kontakt und V.i.S.d.P.:

Bürgerinitiative „Fischlaker Mark“
Sprecherin: Silvia Strecker
Zimmermannstr. 35
45239 Essen

E-Mail: fischlakermarkretten@gmail.com

Internet: www.fischlakermarkretten.de

Treuhandkonto / Bankverbindung:
Dr. Enno Strecker
Nationalbank Essen,
IBAN DE28 3602 0030 0000 3284 64

Bürgerinitiative

für den Erhalt des
Landschaftsschutzgebietes

Fischlaker Mark



www.fischlakermarkretten.de

Stadt Essen plant im Eilverfahren die Bebauung der Felder zwischen Zimmermannstraße und Viehauser Berg



Provisorische Wohncontainer oder einfache Holzhäuser für 3-7 Jahre

Die Ausschreibung hat die Stadt Essen bereits im Dezember 2015 veröffentlicht.

Zunächst Bebauung der schraffierten Fläche

Im ersten Schritt ist die Bebauung der schraffierten Fläche vorgesehen. Der andere Bereich dient als Reservefläche.

Mittelfristig vorgesehen ist Umwandlung in Bauland für große Gebäude

Auf der Gesamtfläche plant die Stadt Essen mehrgeschossige Wohnhäuser.

Verkehrsplanung völlig ungelöst

Durch eine weitere Zersiedelung würde auch die angespannte Verkehrssituation in Werden weiter verschärft.



Bürgerinitiative macht mobil

Die Bürgerinitiative kämpft für den Erhalt der Landschaftsschutzgebiete in Essen, insbesondere der Flächen der Fischlaker Mark.

Alternativen zur geplanten Bebauung wurden erarbeitet und vorgeschlagen. Eine entsprechende Petition an den Petitionsausschuss des Landtages NRW, sowie an die Verantwortlichen der Stadt Essen ist eingelegt.

Helpen Sie mit und bringen Sie sich ein! Wir benötigen die Unterstützung aller Bürger in Essen.

Umweltschonende Alternativen

Das Landschaftsschutzgebiet bietet wertvollen Natur- und Erholungsraum für alle Essener. Mit der Bebauung unseres Landschaftsschutzgebietes wird Natur unwiederbringlich zerstört.

Wohnungsbaugesellschaften haben Möglichkeiten zur Unterbringung von Flüchtlingen signalisiert. Der Leerstand in Essen ist deutlich höher als in anderen vergleichbaren Großstädten. Auch private Vermieter sind bereit zu helfen. Brachflächen sind vorhanden.

Die Nutzung von vorhandenen Leerständen und Brachflächen hat Vorrang vor Umweltzerstörung.